



MAGAZIN

für Wirtschaft und Gesellschaft | Offizielles Magazin des Wettbewerbs „Großer Preis des Mittelstandes“



GÜNTER EDERER

TRÄUM WEITER, DEUTSCHLAND!

Politisch korrekt
gegen die Wand



Mittelstandspreis

794 Unternehmen
auf Juryliste

Frauenquote

Freiheit oder
Gleichheit?

Innovationsmanagement

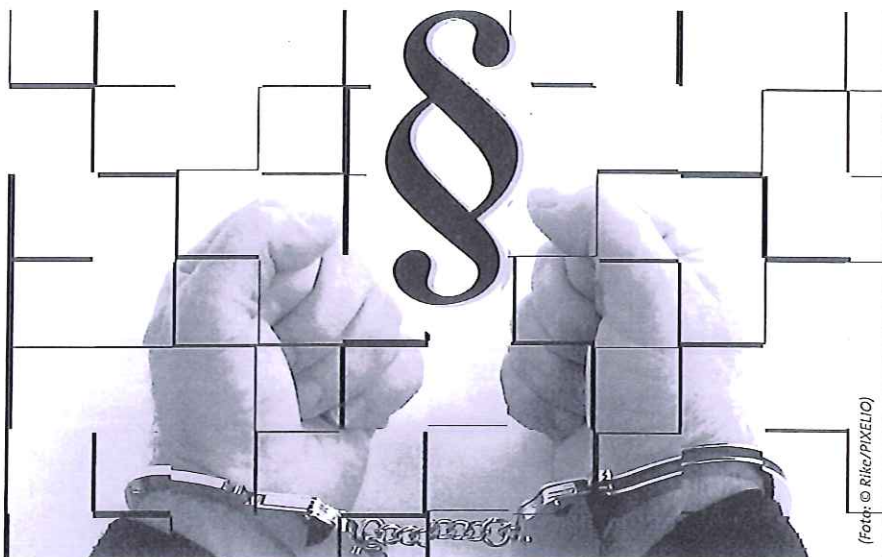
Mittelständler
ticken anders

Spitzenleister

Meisterwerk
Porsche Panamera

Regulieren statt Resignieren

Why isn't Wall Street in Jail?



Für eine strafrechtliche Aufarbeitung der Finanzkrise fehlt die juristische Infrastruktur

„Why isn't Wall Street in Jail?“¹⁾ fragte der „Rolling Stone“ vom 16.02.2011. Dieselbe Frage, auf deutsche Verhältnisse umformuliert, stellte der Autor dieses Artikels im Aufsatz „Strafrechtliche Aspekte der Asset Backed Securities“ in der Zeitschrift WISTRA.²⁾ Ulrich Jörges, Chefredakteur des „Stern“, griff die Forderung in seinem Kommentar „Die große Verschleierung“ auf und forderte ein Eingreifen der staatlichen Ermittlungsbehörden – ohne Erfolg.³⁾

Im Januar 2011 legte der US-Kongress nach der Befragung von 700 Zeugen und der Sichtung unzähliger Dokumente auf 633 Seiten seinen Abschlussbericht zu den Ursachen und Verantwortlichen der Finanzkrise vor.

Dieser bestätigt die Einschätzung, dass das gesamte Geschehen kein unvorhergesehenes Ereignis, sondern das Ergebnis fehlerhaften und auch kriminellen Verhaltens war. Teile des Berichts gehen an Aufsichtsbehörden und Staatsanwaltschaften.

Die Lage in Deutschland

Da es hierzulande keine Untersuchungskommission zur Finanzkrise gab, gibt es auch keinen Untersu-

chungsbericht, aus dem man Konsequenzen ableiten könnte. Die Staatsanwaltschaften sind in Deutschland Ländersache und weisungsgebunden. So ist es für keinen Landesjustizminister ein Problem, Ermittlungen, z. B. gegen Parteispender und Parteifreunde, zu verhindern.

In Deutschland entstanden die meisten Verluste aus der Finanzkrise in den sieben größten Landesbanken⁴⁾ und in der von der staatlichen KfW kontrollierten IKB. Daher verantworten Spitzenpolitiker fast aller Parteien in deren Aufsichtsgremien das Kontrolldesaster im Vorfeld der Finanzkrise. Also gibt es nur eine Übereinstimmung, die zur „großen Verschleierung“, wie es Jörges treffend formulierte.

Dabei sind die Schuldenprobleme aus der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht „weg“, sondern in die Zukunft verschoben. Lag die gesetzliche Schuldengrenze der USA Ende 2008 noch bei 10,615 Bio. Dollar, erreichte im März 2011 die neue gesetzliche Schuldengrenze 14,3 Bio. Dollar. In Deutschland stieg die Verschuldung zum Ende 2010 auf fast 2 Bio. Euro, gerechnet ohne die Schulden aus Pensionszusagen oder Schattenhaushalten.

Die neue Blase

Die jetzige „Stabilität“ nebst „Konjunktur“ beruht auf einem einfachen Trick: Die Staatshaushalte verschulden sich zwar immer mehr, aber die zur Erhöhung der Verschuldung herausgegebenen Anleihen werden durch die Notenbanken aufgekauft, soweit sich kein anderer Käufer findet. Den anderen Teil der Staatsschulden übernehmen die Banken durch Kredite und besitzen so ein Druckmittel in Richtung künftige Bankenrettung.

Innerhalb der EU hat Deutschland nun auch rechtlich den Lastenausgleich für marode EU-Länder übernommen, zuletzt in Höhe von 700 Mrd. Euro im Februar 2011.⁵⁾ Also baut sich eine neue Blase auf, die die Blase, deren Platzen die Finanzkrise auslöste, in der Größe bei weitem übersteigt.

Strukturen der Ineffizienz

Bisher erörterte Regulierungen erfolgten mit Rücksicht auf die Finanzwirtschaft gar nicht oder halbherzig. Das lehrt uns für die Zukunft, dass Analysen und Regulierungsmaßnahmen, die den Krisen funktionslogisch nachgeschaltet sind, ähnlich folgenlos bleiben. Für eine strafrechtliche Aufarbeitung fehlt die polizeiliche und juristische Infrastruktur.

Für eine zivilrechtliche Aufarbeitung (Verjährung: ein bis drei Jahre) gilt dasselbe. Es gibt im Schnitt keine ernsthaften Erfolgsaussichten für Strafanzeigen und Schadensersatzprozesse, denn der „Schutz“ ist obrigkeitstaatlich dominiert. Die Verantwortung zur Kontrolle liegt bei ineffizienten Aufsichtsbehörden. Bildlich gesprochen, muss die Verbrecherbande geplante Straftaten rechtzeitig und vollständig anmelden.

Wenn nicht, sehen die Kerngesetze des Kapitalmarktrechts (Verkaufprospektgesetz, WpHG, Börsenzulassungsverordnung) Bußgelder zwischen 50.000 und 500.000 Euro vor. Dagegen

belaufen sich allein die Über-Nacht-Geldmarktausleihungen der Banken bei der EZB auf 15-16 Mrd. Euro, also das 30-Tausendfache der genannten Höchstbuße. An der Terminbörse Eurex in Frankfurt wurden 2009 von 400 Marktteilnehmern Derivate für 334 Bio. Euro gehandelt.

Die rechtlichen Grundlagen der Finanzkrise

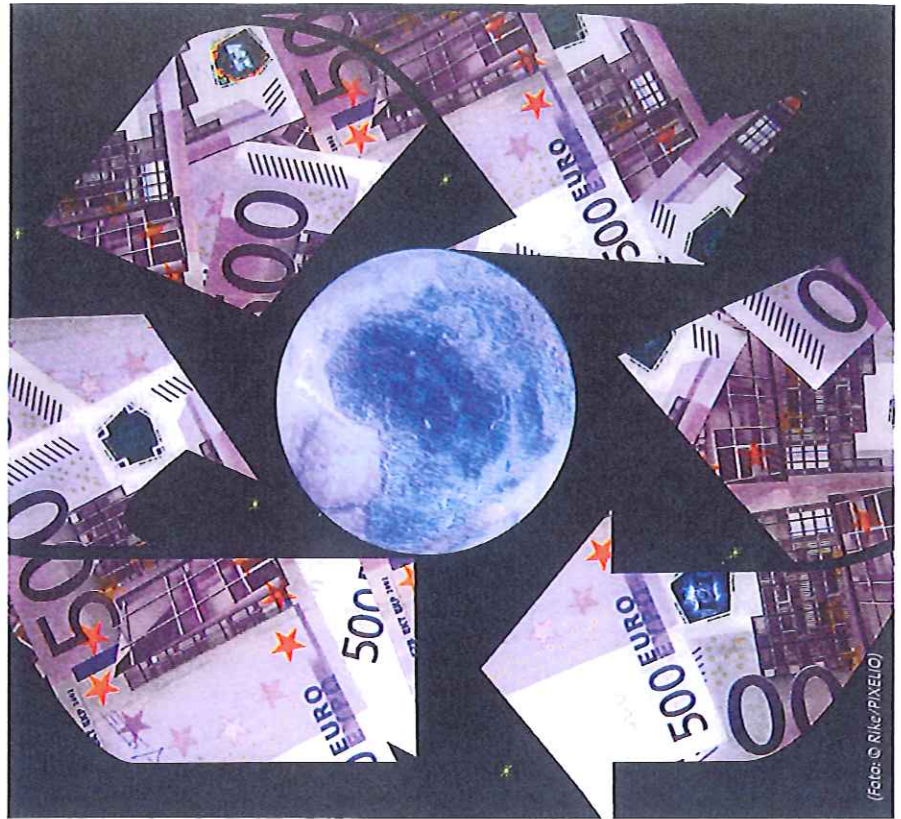
Die Überschrift klingt paradox, trifft aber den Kern. So wurde z. B. das Verbot für den riskanten Warenterminhandel in Deutschland erst durch die EU-Agrarreform 1992 aufgehoben. Seitdem erfasste die sog. Liberalisierung (= Beseitigung rechtlicher Schranken) der Kapitalmärkte den Handel mit Devisen über sog. Hebelprodukte (sog. Forex-Handel, tägliches Volumen weltweit 1,5 Bio. Dollar), den Handel mit Kreditverbriefungen und den Eigenhandel der Banken mit Finanzprodukten aller Art. Die Finanzkrise folgte aus der Vernetzung des entfesselten Systems:

Solange gesetzlich geregelt ist, dass eine Grundschuld zur Absicherung des Bankdarlehens im Grundbuch eingetragen ist, handelt es sich um eine Angelegenheit zwischen Grundbesitzer und finanzierender Bank. Wird aus der Buchgrundschuld eine Briefgrundschuld und erlaubt man, mit dieser Verbriefung zu handeln, entsteht ein gänzlich anderer Rechtskreis: der Markt der Verbriefungen.

Man erlaubt...

Erlaubt man, diese Kredite zu versichern und die Versicherungspolice ebenfalls zu verbriefen, d. h. als marktgängiges Wertpapier zu gestalten, erweitert man den Verbriefungsmarkt. Erlaubt man, Wetten auf den Kurs der Grundschuldbriefe, der Versicherungspolice auf die Grundschuldbriefe etc. als Wertpapier zu verkörpern, hat man einen Derivatemarkt.

Erlaubt man, die Wetten auf die Kurse so zu gestalten, dass man nur einen Dollar einzahlen muss, um auf 100 Dollar zu wetten, hat man ein Hebelprodukt. Betreibt man das Ganze auf Kredit, und eine Bank gewährt (z. B. sich selbst und ihresgleichen) 9 Dollar Kredit auf einen Dollar Eigenkapital, kann man mit einer Million Einsatz über Hebelprodukt und Kredit das



Eine neue Blase baut sich auf

Tausendfache bewegen, also eine Milliarde. Mit einer Milliarde (für einen Hedgefonds keine Größe) bewegt man eine Billion. Mit diesen Instrumenten kann man Kurse von Aktien, Anleihen, Devisen, Rohstoffen beliebig manipulieren. Mit dem Grundgeschäft (Grundschuld für Kredit) hat das alles nichts mehr zu tun, und die abgeleiteten Märkte der Spieler sind für das Gelingen dieses Geschäfts auch nicht nötig, sie schaden ihm sogar.

Denn wenn sich die Bank bei einem der Spiele verzoxt, holt sie sich das verlorene Geld aus dem schiefgegangenen Geschäft bei den Kunden aus funktionierenden Geschäften wieder. Dann erhöht sie die Kreditzinsen, die Girozinsen, Bankgebühren etc. Aus

einer Autofirma wie Porsche wird ein Hedgefonds (mehr Gewinn als Umsatz), und jedes Kurspotenzial oszilliert zwischen Explosion und Crash.

Virtuelle Märkte

Oder am Beispiel des Warenterminmarktes: Solange der Bauer im Frühjahr nur jemanden sucht, der ihm zum Stichtag im Herbst die Ernte für einen fixen Preis abkauft, und es findet sich dafür ein Kaufmann, ist gegen dieses Warentermingeschäft nichts zu sagen.

Wenn aber z. B. 97% der Teilnehmer an den Warenterminbörsen nur auf virtuelle Waren (Schweinebäuche, Rohöl, Weizen) und deren Preis spekulieren, hat dies mit einem sinnvollen Markt im Bereich der Rohstoffpreise der Real-

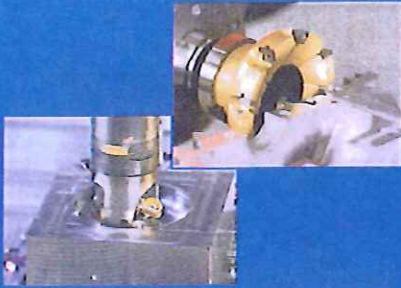
ÜBER DEN AUTOR

Dr. Volker Gallandi (Jg. 1955) ist als Rechtsanwalt in Gorkheimtal (Hessen) tätig. Sein ursprüngliches Spezialgebiet ist das Wirtschaftsstrafrecht.

Gallandi promovierte 1982 zum Thema „Staatsschutzdelikte und Pressefreiheit“ beim späteren Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts Prof. Winfried Hassemer. 1984 arbeitete er für die Kanzlei Bossi in München und wurde 1985 Mitglied der Außensozietät. 1988 folgte die Gründung einer eigenen Kanzlei.



PRÄZISIONSWERKZEUGE
UND WERKZEUGMASCHINEN
AUS EINER HAND



www.henka.de

wir haben hochwertige Produkte im Vertrieb:



Rufen Sie uns an, fordern Sie unseren Katalog oder unseren Außendienst an!

HENKA

Werkzeuge +
Werkzeugmaschinen GmbH
Rittersgrün



Karlsbader Straße 1
08359 Breitenbrunn / OT Rittersgrün
Tel. 037757 / 171-0 | Fax: 037757 / 171-17
Email: info@henka.de

Preisträger
„Großer Preis des Mittelstandes“

Die häufigsten Lügen überhaupt:

**Ich liebe Dich.
Ich rufe Dich an.
Du bekommst Dein
Geld.**

Alle tun sie weh, aber eine kann Ihre Existenz ruinieren. Bürgel-Auskünfte zeigen Ihnen, wie es um Ihre Kunden bestellt ist! Spezialisten ziehen Ihre offenen Forderungen ein; konsequent, erfolgreich!

BÜRGEL Wirtschaftsinformationen
Vertriebsgesellschaft mbH
– Niederlassung Leipzig –
Dohnanyistraße 28 • 04103 Leipzig
Tel.: (03 41) 4 49 03-0 • Fax: (03 41) 4 49 03 50
Internet: www.buergel-Leipzig.de



wirtschaft nichts mehr zu tun. Dies umso mehr, als große Investoren kaum ein Geschäft ohne Gegengeschäft abschließen, was im Ergebnis den Sinn des Deals vereitelt.

Die Ursache

Ursache der Finanzkrise war daher nicht, dass die Masse amerikanischer Hauskäufer Kredite ohne Eigenkapital aufnahmen und sie nicht zurückzahlen konnte. Die Ursache lag vielmehr darin, dass sich weltweit ein Kartell von Marktteilnehmern (Investmentbanken, Geschäftsbanken, Hedgefonds, Großanleger und Fondsgesellschaften) herausgebildet hatte, das den beschriebenen, extrem hoch kapitalisierten Derivatehandel (Wetten auf Kurse von Produktgruppen wie Devisen, Anleihen, darunter Verbriefungen, Aktien etc.), oft außerbörslich und auf Kredit, durchführte.

Das erhöhte den Hebel, machte aber Sicherungsgeschäfte nötig. Als Sicherheiten wurden die komplexen Verbriefungen, Asset Backed Securities, synthetische CDO's etc. hinterlegt, für die die Rating-Agenturen die höchste Note vergeben hatten (AAA).

AAA

Da die Rating-Agenturen aber Privatanlegern wie **Warren Buffett** gehörten und von den Investmentbanken beauftragt und bezahlt wurden, die die Produkte herausgaben, war das Etikett AAA nicht mehr als ein Symbol des Vertrauens in die Gegenpartei als Mitglied des Kartells. Als die Mitglieder des Kartells begannen, diesen inzwischen in den Geldmarkt infiltrierte fragwürdigen verbrieften „Sicherheiten“ zu misstrauen, verlangten sie von der Gegenpartei höhere Sicherheiten in Cash.

Wer Misstrauen erregt hatte, bekam keine Kredite/kein Cash mehr, sondern Zahlungsaufforderungen der übrigen Gläubiger. Je mehr Mitspieler des Kartells, Bear Stearns, Lehman, AIG etc.

ANMERKUNGEN

- 1) Zu Deutsch: „Warum sitzt die Wall Street nicht im Gefängnis?“
- 2) Vgl. WISTRA, Heft 2/2009
- 3) Vgl. STERN, Ausgabe 25/09, S. 62
- 4) Der SPIEGEL beziffert in seiner Ausgabe 50/2008, S. 68/69, die Haftung der Bundesländer auf 508 Mrd. Euro.
- 5) Vgl. WirtschaftsWoche vom 21.02.2011, S. 3, Artikel „Umverteilungspumpe“)

ins Trudeln gerieten, umso nervöser wurde der Rest. So drohte das gesamte Wettsystem zu implodieren, bis die Staaten und Notenbanken als letzte Instanz mitspielten und den Zockern alle Risiken abnahmen, mit der geschilderten Folge irrsinniger, stets nur steigender, nie fallender Neuverschuldungen.

Vertrauen?

Für die Staatsverschuldung gilt daher Folgendes: Solange die Marktteilnehmer gläubig sind, d. h. darauf vertrauen, die AAA-Bundesrepublik (Ist sie das noch?) sei in der Lage, die BBB/BB-PIIG-Staaten, die geretteten Banken, die Kredite der geretteten Banken an US-Kommunen etc. zu halten (Büroanleihen, Rettungsschirme etc.), können z. B. verbrieftete Staatsschulden bei den genannten Wettgeschäften, die ungehemmt weiter geführt werden, als Sicherheiten eingesetzt werden.

Schlägt das Vertrauen in gesundes Misstrauen um, können Etatstaat und Zentralbank, die als Mitspieler am Zockertisch Platz genommen haben, nichts mehr daran ändern. Dann kommt der ganz tiefe Fall.

Das wird noch ein wenig dauern, weil die Player – wie vor der Finanzkrise – das Schlechte gern verdrängen, aber die sich erhöhende Staatsverschuldung und höhere Zinsen führen direkt nach „Weimar“ oder „Argentinien“.

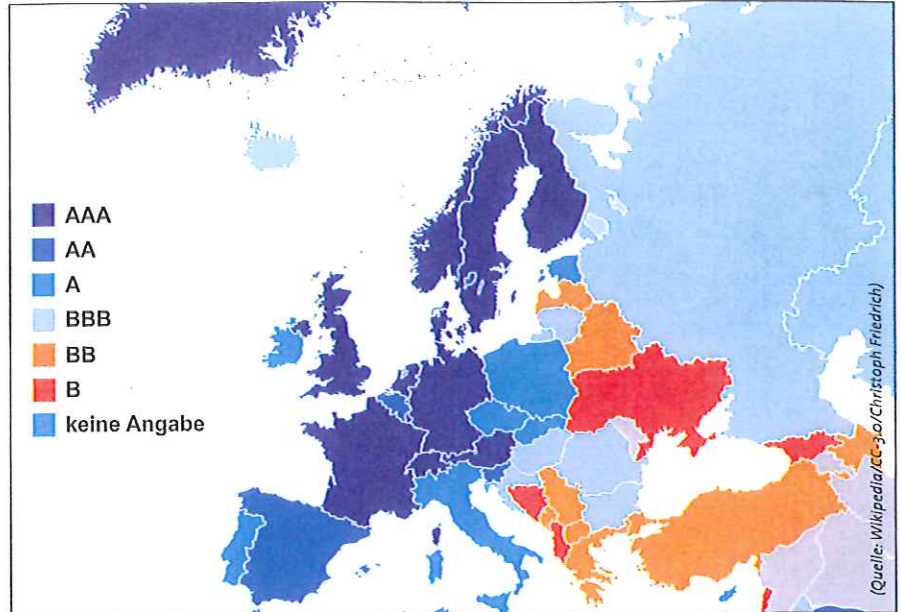
Die notwendigen Maßnahmen

Der ehemalige Bundesbankpräsident **Helmut Schlesinger** hat die Neuverschuldungen der Länder mit der Kriegsfinanzierung in den beiden Weltkriegen verglichen. Der frühere US-Notenbankchef **Paul Volcker** hat gesagt, dass die nützlichste Finanzinnovation der vergangenen Jahrzehnte der Geldautomat war. D. h., Rettung naht, wenn man verschiedene rechtliche Regeln einführt, so dass die beschriebene Kettenreaktion künftig ausbleibt.

Beispiele

Derivatehandel (Oberbegriff für wettzentrierte Finanzprodukte aller Art) auf Kredit muss verboten werden. Banken mit Zugang zum Diskontfenster der Zentralbanken und/oder Einlagen von Privatpersonen sind, entsprechend der Volcker-Rule, von der Beteiligung am Eigenhandel, Derivatehandel und vergleichbaren Investmentgeschäften (zu Lasten ihrer Kunden und ihres Eigenkapitals) ausgeschlossen.

Sparkassen und Volksbanken dürfen Interbankenkredite nicht für solche Geschäfte und auch nicht zweckfrei geben. Entsprechendes gilt für Versicherungen, die im Bereich der privaten Altersvorsorge tätig sind. Vereinfacht gesprochen: Ein Regelkanon muss sicherstellen, dass nur derjenige das Spielcasino betritt, der sich darauf beschränkt hat, sein eigenes Geld einzusetzen. Verstöße wären mit hohen Strafen, notfalls der Schließung des Instituts sowie der Rückabwicklung als verbotenes Geschäft nach § 134 BGB zu sanktionieren. Spekuliert wird nur noch an Aktien- und Anleihebörsen. Die genannten Restriktionen werden



Die Kreditausfallversicherungen haben sich so sehr verteuert, dass ein AAA-Rating Deutschlands nicht mehr gerechtfertigt ist. Noch halten die Ratingagenturen still (WELTONLINE): Rating europäischer Staaten durch Standard & Poor's

(Stand: Februar 2011)

langfristig und gerade in unruhigen Zeiten für jedes Land, das sie durchsetzt, zu einem Wettbewerbsvorteil. Schon heute profitieren z. B. China und Indien davon, dass ihre realwirtschaft-

lich orientierten Finanzwirtschaften (fast) nicht an dem ruinierten Kasino der USA und Westeuropas beteiligt waren. ■

Dr. Volker Gallandi

Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG setzt Impulse

PR-Anzeige

„Bank des Jahres“ will weiterhin Konjunktur über Exporte ankurbeln

Bereits zum zweiten Mal wurde die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft 2010 zur „Bank des Jahres“ in Deutschland gewählt. Diese Auszeichnung würdigt vor allem ihr Engagement für mittelständische Unternehmen in Süddeutschland. „Für uns ist dies vor allem Auftrag, mit besonderer Kundenorientierung auch künftig Impulse zu setzen“, sagt Ludwig Scharinger, Vorstandsvorsitzender der Raiffeisenlandesbank OÖ, die auch die stärkste Regionalbank Österreichs ist.

Seit 1991 sind die Raiffeisenlandesbank OÖ und wesentliche Tochterunternehmen wie Raiffeisen-IMPULS-Leasing, activ factoring AG und Privat Bank AG mit ihrer nachhaltigen und kundenorientierten Geschäftspolitik auch in Süddeutschland höchst erfolgreich. Die Auszeichnung zur „Bank des Jahres“ sieht die stärkste Regio-

nalbank Österreichs mit einer besonderen Verantwortung verbunden. „Gemeinsam mit unseren Kunden werden wir die Konjunktur weiterhin ankurbeln. Wir begleiten über unsere acht Niederlassungen in Süddeutschland bereits 12.647 Kunden, davon 8.492 Unternehmen, die wir bei ihren Projekten vor Ort und auch bei Aktivitäten über die Landesgrenzen hinaus betreuen dürfen“, so Scharinger.

Exportserfolge ermöglichen

Deutschland erwartet für 2011 ein Rekord-Exportjahr. Gerade in Südrussland ortet Scharinger unheimlich viele Möglichkeiten. Durch eine Beteiligung von 2,95 Prozent an der Krayinvest, der größten Regionalbank in der Olympiaregion Krasnodar, kann die Raiffeisenlandesbank OÖ den Betreuungsservice für ihre Kunden noch weiter ausbauen. „Von dieser verstärkten Zusammenarbeit profitieren allen voran



Ludwig Scharinger, Vorstandsvorsitzender der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft

die Kunden der Raiffeisenlandesbank OÖ, die in Osteuropa tätig sind oder Fuß fassen wollen“, betont Scharinger. Derzeit begleitet die Raiffeisenlandesbank OÖ 19.795 mitteleuropäische Unternehmen bei ihren Aktivitäten in Osteuropa, davon alleine 405 Unternehmen in Russland.